

Preissenkungen zu Ende gedacht

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Preissenkungen auf breiter Front fordern linke und bürgerliche Kreise. Die Schweiz müsse als Hochpreisland die Preise senken, um international konkurrenzfähig zu bleiben. Die schwersten Attacken werden dabei gegen die Landwirtschaft geritten. Die Nahrungsmittel machen heute noch 11,4% des Warenkorb aus, der dem Konsumentenpreisindex zugrunde liegt. Diese Gewichtung wurde letztmals im Dezember 2004 angepasst, womit sie den heute aktuellen Konsum der Bevölkerung reflektiert. Sie basiert auf den Konsumausgaben von rund 3500 aus dem Telefonverzeichnis zufällig ausgewählten Haushalten ergänzt um Branchen- und Marktforschungsdaten. Wenn die Preise der Landwirtschaftsprodukte um rund 30% gesenkt werden, dann ergeben sich einige Konsequenzen, die gerade jene Kreise treffen werden, die diese Preisnachlässe fordern. Bei einer Gewichtung von 11,4% der Nahrungsmittel würde ein Preisfall von 30% eine Deflation (negative Teuerung) von 3,4% verursachen. Wenn man den Warenkorb auf weitere Konsumgüter wie Bekleidung und Schuhe, Hausrat, Fahrzeuge, Konsumelektronik, Sportartikel, Medikamente, Körperpflegemittel etc. ausdehnt, dann erhöht sich die massgebliche Gewichtung auf fast 43%. Wenn auf den Nicht-Nahrungsmitteln eine Preissenkung um 15% erfolgt, dann addiert sich die Deflation auf rund 8%.

Da in der Schweizer Wirtschaft und Politik sehr viele Verknüpfungen mit dem Index der Konsumentenpreise bestehen, könnten derart grosse Preissenkungen eine Kettenreaktion auslösen. Indexierungen findet man vor allem bei den Löhnen, die in vielen Branchen von einem jährlichen Teuerungsausgleich profitieren.

Wenn zum Beispiel die Löhne des Bundespersonals um 8% gesenkt würden, dann bedeutet dies für den Bundeshaushalt eine Entlastung von rund CHF 300 Mio. Die Anpassung der AHV-Renten basiert auf dem Mischindex, d.h. aus dem Index dem die Löhne und Konsumentenpreise zu je 50% zugrunde liegen. Eine Senkung der AHV-Renten um 8% ergäbe beim heutigen Rentenvolumen von CHF 29,5 Mrd. eine Entlastung um CHF 2,4 Mrd. Entlastungen sind für den Bund denn auch dringend notwendig, denn bei Preissenkungen im geschilderten Ausmass würden auch die Mehrwertsteuereinnahmen um rund CHF 1,4 Mrd. reduziert. Sinkende Löhne bedeuten sinkende Steuererträge. Die Preissenkungen werden die Unternehmensgewinne schmälern und damit dürften auch die Steuererträge aus dieser Quelle versiegen. Das nominelle BIP würde logischerweise ebenfalls schrumpfen, was die Beiträge der Schweiz an die internationalen Organisationen wie die UNO etc. aber auch für die Entwicklungshilfe reduzieren wird, da diese Beiträge oder Zielsetzungen an das nominelle BIP gekoppelt sind. Eine Deflation würde zwar die Zinsen tief halten, aber die dadurch verursachten Ertragsausfälle für die Pensionskassen und Versicherungen werden allenfalls zu Prämien erhöhungen zwingen. Nicht alle Preise werden fallen, insbesondere dürften die staatlich regulierten Preise wie die Krankenkassenprämien etc. aber auch die Mieten kaum sinken. Die Mieter zählen somit zu den Verlierern. Aber auch die Privatwirtschaft wird im Vergleich zum Staat den Kürzeren ziehen, denn die nicht dem Wettbewerb ausgesetzten staatlichen Gebühren und Abgaben werden kaum reduziert werden.

Wie verheerend sich eine Deflation auswirken kann, zeigt Japan, das 2004 das siebte Jahr mit rückläufigen Preisen (1997-2004: Produzenten – 12,5%, Konsumenten - 2,9%) erlebte. Die Löhne sanken in der gleichen Zeit um 9,7%, die Arbeitslosigkeit nahm von 3,5% bis Ende 2004 auf 4,4% zu und insgesamt gingen 2,5 Mio. Arbeitsplätze verloren. Trotz extrem tiefen Zinsen und jährlichen Staatsdefiziten von 6-8% des BIP stellte sich das reale Wirtschaftswachstum 1998-2004 auf nur 5,1% bzw. 0,7% pro Jahr. Der zunehmende Wettbewerb infolge des Vordringens der deutschen Billiganbieter Aldi und Lidl, des Zollabbaus im Landwirtschaftsbereich oder dank der durch das revidierte Kartellgesetz gestärkten Wettbewerbsaufsicht etc. wird Preissenkungen auch in der Schweiz erzwingen, aber nicht alle, die heute davon zu profitieren hoffen, werden dannzumal auch tatsächlich die Gewinner sein.